

aus unserem Archiv vom 26. Februar 2003

**Autor:** Von unserem Redakteur

FRANK GIARRA **Kommentare:** [Kommentare zeigen](#) [Drucken](#)

## Sportplatz im Blick

**TRIER.** Im Neubaugebiet "Tarforster Höhe" soll mittelfristig ein Sportplatz gebaut werden. Ein entsprechender Antrag der CDU wurde am Dienstag im Stadtrat einhellig begrüßt.

Der Bedarf für weitere Sportflächen ist da, darin waren sich alle Fraktionen einig. Bernd Michels begründete für die Union, warum die Verwaltung die Planungen voran treiben soll: "Die derzeitigen Sportmöglichkeiten schränken notwendige und wünschenswerte Entwicklungen sehr stark ein." Die angespannte Finanzlage der Stadt sei allen bekannt, "aber vielleicht lassen sich mit den Vereinen kreative Finanzierungsmöglichkeiten finden".

Sozialdemokrat Bruno Cordel betonte, es gehe "um eine Gesamtkonzeption für die Höhenstadtteile, und die muss man von der Verwaltung verlangen". Es sei die Zusammenarbeit aller Dezernate nötig. Hermann Kleber (UBM) verlangte, die Verwaltung möge sich "mit sämtlichen Sportvereinen ins Benehmen setzen". Bedenken meldeten die Grünen an. Gerd Dahm: "Uns ist nicht ganz klar, was mit dem Antrag gemeint ist. Wenn eine Verpflichtung zum Bau eines Sportplatzes damit verbunden ist, sehen wir erheblichen Klärungsbedarf." OB Helmut Schröer stellte darauf hin klar: "Das ist kein Baubeschluss. Aber im Kern sind wir uns doch einig, dass ein Sportplatz da hin muss." Eine Aussage, der letztlich alle Fraktionen zustimmten.

### **UBM: Es riecht nach Enteignung**

Nicht einig war man sich hingegen, als es um den Bebauungsplan Brettenbachtal ging. Dort sollen ökologische Ausgleichsflächen im Zusammenhang mit der Bauplanung für den Petrisberg ausgewiesen werden. Dazu werden Grundstücke benötigt, die sich in Privatbesitz befinden. Die Stadt habe den Eigentümern verschiedene Angebote unterbreitet, "doch die Interessen sind zu unterschiedlich, um Einvernehmen herzustellen", sagte Baudezernent Peter Dietze.

"Wir können nicht akzeptieren, wie die Verwaltung mit den Bürgern umgeht. Es riecht nach Enteignung", kritisierte Hans Wintrath von der UBM. Clement Atzberger (Grüne) hielt ihm entgegen, es gehe in diesem Bereich um übergeordnete Interessen. Die Grundstückseigentümer hätten dagegen wirtschaftliche Interessen. "Es war aber nie Intention des Stadtrates, dort Bauland auszuweisen." Atzberger meinte, die Eigentümer hätten "keine persönlichen Nachteile, wenn sie ihre Grundstücke abtreten". Das sah auch der Stadtrat mehrheitlich so und stimmte der Verwaltungsvorlage zu. Die UBM lehnte ab.